

KANOUN

Monatszeitschrift

Demokratische Vereinigung für Flüchtlinge

Viertes Jahr - Nr. 3 : März 2009



Massive Studenten-Proteste in Teheran

Dutzende iranische Studenten sind nach Protesten an der Amir Kabir Universität festgenommen worden.

Tausende junge Iraner protestierten gegen die Umbettung iranischer Gefallener, die während des irakisch-iranischen Krieges in den 1980er Jahren getötet wurden. In den vergangenen Tagen wurden auf Anweisung der Regierung die sterblichen Überreste einiger hundert Soldaten auf dem Universitätsgelände neu bestattet.

Seite 2



Das persische Neujahrsfest Norouz, März 2009

Norouz ist das persische Neujahrs- bzw. Frühlingsfest, welches jährlich meistens am 21. März gefeiert wird. Der Frühlingsanfang und das persische Neujahr richten sich nach der jährlichen Frühlings-Tagundnachtgleiche, an dem die Sonne senkrecht über dem Äquator steht. Schon im Perserreich der Achämeniden unter Kyros der Grosse oder Dareios galt die Tagundnachtgleiche als Jahreswechsel.

Das Neujahrsfest ist ein altpersisches Fest, welches auf den persischen Propheten und Religionsstifter Zarathustra zurückgeht und mindestens 3000 Jahre alt ist. Das Neujahrsfest steht als Zeichen für das neu erwachende bzw. durch den Frühling neu beginnende Leben. Der kalte Winter ist vorbei und das mit dem Frühling verbundene neue Leben und die Fruchtbarkeit entsteht.



Human Rights Watch: Vier Journalisten in Iran zu Gefängnis und Auspeitschen verurteilt

Seite 3

Iran: Behörden zerstören Sufi Gebetshaus in Isfahan

Seite 4



IAEA: Besorgnis nach Bericht der Inspektoren

Seite 5



EU-Länder legen neue Sanktionsliste vor

Seite 6

Mehdi Rezaei

Meinungsfreiheit in Gefahr - auch in der Schweiz!

Seite 7,8

Iran ist kein Rechtsstaat!

Massive Studentenproteste in Teheran



Dutzende iranische Studenten sind nach Protesten an der Amir Kabir Universität in Teheran festgenommen worden. BBC berichtet von 70 Demonstranten, die in Gewahrsam genommen worden seien.

Tausende junge Iraner protestierten gegen die Umbettung iranischer Gefallener, die während des irakisch-iranischen Krieges in den 1980er Jahren getötet wurden. In den vergangenen Tagen wurden auf Anweisung der Regierung die sterblichen Überreste einiger hundert Soldaten auf dem Universitätsgelände neu bestattet.



Während der Kundgebung riefen die Studenten Slogans wie "Evin wird zur Universität - die Universität wird zum Friedhof". Evin ist der Name eines berüchtigten Gefängnisses im Norden Teherans, in dem viele Oppositionelle festgehalten werden, unter ihnen auch zahlreiche Studenten und Professoren.

Ausserdem waren auf Plakaten Schriften zu lesen wie: "Diktator von heute: die Märtyrer sind eine Entschuldigung für dich geworden". Die Studenten wandten sich gegen die öffentliche Verherrlichung der Kriegstoten, während gleichzeitig Millionen Veteranen in Armut leben.

Im Umfeld der Proteste kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten, regimefreundlichen Studenten und den anwesenden Sicherheitskräften. Zeitgleich war Deutschlands Ex-Kanzler Gerhard Schröder zu einem privaten Besuch im Iran, bei dem er auch mit Präsident Ahmadinejad zusammentraf.

Bei diesem Zusammenstöße kam es zu brutale Angriffe von Regierungsbeamte, an dem auch Messer und Pfefferspray benutzt wurde.

Hintergrund

Die Studentenbewegung nimmt im Iran eine Rolle ein, die in anderen Ländern Parteien und Bürgerinitiativen ausüben. Die StudentInnen sind die einzigen, die Zugang zu Wissen haben und politische Forderungen an die Öffentlichkeit tragen können.

Trotz der genauen Auswahl der Personen, die zum Studium zugelassen wurden, regte sich immer Widerstand gegen das Mullahs-Regime. Er behinderte die Regierung bei ihrem Plan, die Universitäten zügig zu islamisieren. Ein wenig erfolgreiches Projekt unter vielen durchaus erfolgreichen war das Errichten von Gräbern unbekannter Märtyrer auf dem Gelände der Universitäten. Die Grabmale sollten Orte des Gebets sein und zugleich vorführen, wie man sich für den Islam opfert.

Bevor Ahmadinejad Staatspräsident wurde, schaffte es die Regierung lediglich an einer Handvoll Universitäten, solche Gräber auf Universitätsgelände durchzusetzen. Selbst unter Ahmadinejad, unter dem die StudentInnen in grosser Zahl unterdrückt, festgenommen und gefoltert wurden, gab es noch Widerstand gegen diesen Plan.

Seit diesem Monat wollte die Regierung fünf unbekannte Märtyrer in der Universität Amir Kabir (Teheran) beisetzen. Die StudentInnen sammelten 3000 Unterschriften dagegen. Am Sonntag, den 22.02.2009, fand an dieser Universität eine Demonstration statt, an der viele Studenten und Studentinnen teilnahmen.



Es wurden viele Plakate hochgehalten und Parolen gerufen wie "Ewin (das berüchtigte Teheraner Gefängnis) wurde zur Universität und die Universität wurde zum Friedhof!", "Die Diktatur unserer Zeit: Märtyrer sind eine Ausrede!", "Gefangene StudentInnen müssen frei gelassen werden!", "Ist das hier eine Universität oder eine Kaserne?", "Basijis, haut ab" oder "Sturz der Diktatur, es lebe die Freiheit".





Human Rights Watch: Vier Journalisten in Iran zu Gefängnis und Auspeitschen verurteilt

Vier Jahre nach Festnahme keine öffentliche Untersuchung der Misshandlungsvorwürfe

Die Verurteilung von vier Bloggern aus Teheran am 3. Februar 2009 zu einer Haft- und Geldstrafe sowie Auspeitschen verletzt das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, so Human Rights Watch und die International Campaign for Human Rights in Iran. Der Leiter der Justizbehörde hatte zugegeben, dass die Geständnisse unter Zwang abgelegt worden waren. Die Verurteilten teilten kurz nach ihrer Festnahme 2004 mit, dass sie während der Verhöre gefoltert worden waren. Doch trotz entsprechender Zusicherungen von höchster Stelle, gab es keine öffentliche Untersuchung.

Omid Memarian, Roozbeh Mirebrahimi, Shahram Rafizadeh und Javad Gholamtamimi wurden im September und Oktober 2004 festgenommen und ohne Beweise inhaftiert. Die vier Journalisten sagten aus, dass sie während ihrer Haft sowohl physischer und psychischer Misshandlung ausgesetzt waren und auch längere Zeit in Einzelhaft sassen in einem geheimen Gefangenenlager ohne Zugang zu Anwälten oder der Familie. Drei der Männer beschrieben die anschliessenden Misshandlungen bei dem Leiter der Justizbehörde. Am 20. April 2005 erklärte ein Sprecher der Justizbehörde, dass eine offizielle Untersuchung bestätigt habe, dass die Geständnisse erzwungen worden waren.

„Die Vernehmungsbeamten und die Staatsanwälte handelten in diesem Fall nachlässig und leichtsinnig, wodurch die Worte und Schreiben der Gefangenen gegen ihren Willen verändert wurden und was somit zur Schaffung von Geständnisbriefen geführt habe“, so der Sprecher.

„Diese Aussagen sind schockierend, wenn man bedenkt, dass der Leiter der Justizbehörde selbst zugegeben hat, dass die Beweise erzwungen

wurden“, so Joe Stork, stellvertretender Direktor der Abteilung Mittlerer Osten von Human Rights Watch. „Die Richter sollen eine Untersuchung gegen die Verantwortlichen einleiten und sie strafrechtlich verfolgen, nicht die Opfer.“

Human Rights Watch und die International Campaign for Human Rights in Iran fordern Teherans Berufungsgericht auf, die Urteile rückgängig zu machen und die Foltervorwürfe durch die Regierung zu untersuchen.

Die vier Journalisten wurden Ende 2004 auf Kautionsfreilassung freigelassen. Anschliessend verliessen Memarian, Mirebrahimi und Rafizadeh den Iran und leben jetzt im Ausland. Gholamtamimi wohnt weiter im Iran.

Am 4. Februar informierten die Anwälte der Verurteilten die Justizbehörde, dass die Abteilung 1059 von Teherans Strafgericht sie zu Gefängnisstrafen von drei Jahren und drei Monaten und zu Peitschenhieben verurteilt hat. Memarian wurde ausserdem eine Geldstrafe von 500.000 Tomans auferlegt (US\$520). Die bereits bekannten Anschuldigungen gegen sie beinhalten „Teilnahme am Aufbau illegaler Organisationen“, „Mitgliedschaft in illegalen Organisationen“, „Propaganda gegen den Staat“, „Verbreitung von Lügen“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“. Gholamtamimi wurde auch wegen Verrats verurteilt.

Einer der Anwälte teilte Human Rights Watch und der International Campaign for Human Rights in Iran mit, dass sie die Urteile „definitiv anfechten werde“.

Der offensichtliche Grund für die Misshandlung war, Geständnisse zu bekommen, durch die die Beteiligung von Reformpolitikern und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft in Aktivitäten wie Spionage und die Verletzung von nationalen Sicherheitsgesetzen offengelegt werden sollte.

Human Rights Watch und die International Campaign for Human Rights in Iran berichten regelmässig über erzwungene Geständnisse, willkürliche Verhaftung und Folter von Oppositionellen, Journalisten und Kritikern des Regimes.



Religiöse Freiheit nimmt ab Behörden zerstören Sufi Gebetshaus in Isfahan



In einer konzertierten Aktion haben Behörden der islamischen Republik die Zerstörung eines weiteren Gebetshauses der Nematollahi Derwische veranlasst.

In den frühen Morgenstunden des 18. Februar ging alles sehr schnell vor sich. Um die 200 Sicherheitskräfte, Polizisten und zivile Agenten rückten gegen die Hosseinieh vor, verhafteten alle anwesenden Derwische und liessen einen Bagger das Gebäude niederreißen. Nach massiven Protesten verhafteten die Beamten Hunderte Personen.

All das passt in die Bestrebungen der fundamentalistischen Kräfte, die derzeit den Iran regieren, mit allen friedlichen Strömungen, die die Legitimation der Regierung und ihre einseitige Auslegung des Islam als politisch-revolutionäre Strömung gefährden, aufzuräumen.

Bahai werden angegriffen und so auch Sufi Derwische. Beide Strömungen vertreten eine andere Sicht von Schiiten. Seit dem Amtsantritt Ahmadinejads gehen die Behörden verstärkt gegen Sufis vor. Willkürliche Verhaftungen, Bedrohungen, Gerichtsurteile und mediale Ausgrenzung der Sufis aus dem staatlich kontrollierten „richtigen Islam“ sind seit drei Jahren an der Tagesordnung. Die Zerstörungen begannen am 13. Februar 2006 in der heiligen Stadt Qom, setzten sich 2007 in Boroujerd fort. Auf Kish wurde 2008 auf massiven Druck hin ein Zentrum der Derwische geschlossen.

Angesichts dieser Ereignisse waren die Derwische in Isfahan gewarnt und versuchten auf der Hut zu sein. Ihr Gebetshaus, das an das Grab des grossen Dichters und Sufi Derwisches Naser Ali am historischen Takht-e-Foulad Friedhof grenzte, wollten sie durch permanente Nachtwachen vor der Zerstörung bewahren. So befanden sich auch in dieser Nacht einige Derwische in dem Gebetshaus,

die aber chancenlos gegen die massiven Sicherheitskräfte waren.

Schnell wurden den Derwischen die Mobiltelefone abgenommen, um zu verhindern, dass sie den Angriff melden und Verstärkung bekommen. Später mussten die Einsatzkräfte alle eintreffenden Derwische, die von der Zerstörung ihres Gebetshauses gehört hatten und sich um die Stätte versammelten, auseinandertreiben.

Mostafa Azmayesh, der in Frankreich lebt und den Nematollahi Orden im Ausland vertritt, ist der Meinung, dass der unterschwellige Druck gegen die Sufis verstärkt wird. So erlauben die Behörden Derwischen nicht mehr, sich in Beydokht, dem Hauptort der Nematollah Gonabadi Derwische bestatten zu lassen. „Es gibt in Beydokht einen Friedhof, der dem Gonabadi Zweig gehört. Manche Derwische verfügen in ihrem Testament, dass sie dort begraben werden wollen – doch die Behörden in Beydokht haben es verboten.“

Während vor allem fundamentalistische Vertreter der Mullahkratie in Iran den Sufismus als Gefahr für den Islam werten, verstehen sich die Sufis im Iran als Moslems, die jedoch Wert auf eigene spirituelle Erfahrungen legen, um Wahrheit zu verstehen oder Eins Sein zu verwirklichen.

Die Bewegung der Nematollah Derwische zählt laut eigenen Angaben um die 2 Millionen Menschen im Iran und scheint sich wachsender Beliebtheit zu erfreuen. Diesem Umstand rechnen sie den wachsenden Druck des Staates gegen ihre Bewegung bei. Sie sagen, viele Iraner seien mit der offiziellen Auslegung des Islam unzufrieden und würden sich mit alternativen Angeboten beschäftigen.

Für Azmayesh sind die wiederholten Angriffe gegen die Sufis im Iran ein deutliches Zeichen von drohenden Aggressionen auch gegen alle anderen religiösen Minderheiten.

Diesen Trend beobachten auch Menschenrechtsorganisationen. Sie berichten von einer deutlichen Abnahme des Respekts gegenüber religiöser Freiheit seit Mahmoud Ahmadinedschad Präsident wurde.




30 Jahre Haft für Menschenrechtsaktivist

Abdullah al Mansouri hat sich für arabische Minderheit im Iran stark gemacht. Er lebte seit 21 Jahren in den Niederlanden.

Ein iranisches Gericht hat den Menschenrechtsaktivisten Abdullah al Mansouri zu dreissig Jahren Gefängnis verurteilt. Dies meldete die Amsterdamer Tageszeitung Volkskrant. Mansouri habe sich des Terrorismus in Form seiner Unterstützung der Ahwaz-Minderheit schuldig gemacht, heisst es weiters. Die Ahwaz sind eine arabische Volksgruppe am Persischen Golf, die von Iran annektiert wurde und als besonders ölfreich gilt. Mansouri war im Mai 2006 während einer Rundreise durch Syrien verhaftet und wenige Tage später an Teheran ausgeliefert worden.

Der Fall schlägt bis nach Europa Wellen, da Mansouri seit 1988 in der südniederländischen Stadt Maastricht gelebt hatte und dort für die Menschenrechtsorganisation Amnesty sowie für die Partei GroenLinks aktiv war. □

SPD-Bundestagsfraktion: Kritik von der Verhaftung Bahai-Mitglieders

 **SPD BUNDESTAGS FRAKTION** Zur Inhaftierung von sieben Mitgliedern der Religionsgemeinschaft der Bahai's im Iran erklärt der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Christoph Straesser:

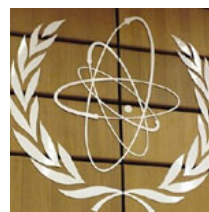
Im März und im Mai 2008 wurden sieben Mitglieder der Religionsgemeinschaft Bahai im Iran festgenommen, ohne dass gegen sie eine formelle Anklage erhoben wurde. Mittlerweile lauten die Anschuldigungen gegen sie: "Spionage für Israel", "Beleidigung religiöser Gefühle" und "Propaganda gegen die islamische Republik", was bei einer Verurteilung die Todesstrafe bedeuten könnte.

Die inhaftierten Bahai-Mitglieder werden ihrer Menschenrechte und ihrer Freiheit beraubt. Die

Teheraner Staatsanwaltschaft muss die absurden Anklagepunkte fallen lassen.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt jegliche Diskriminierung und Unterdrückung gegen die Ausübung einer Religion entschieden ab und fordert daher die Islamische Republik Iran auf, alle aufgrund ihrer religiösen Überzeugung Inhaftierten freizulassen. □

IAEA: Besorgnis nach Bericht der Inspektoren "Iran hat genug Uran für die Atombombe"



Teheran hat 209 Kilogramm schwach angereichertes Uran verschwiegen und verfügt jetzt bereits über eine Tonne.

Viel früher als erwartet, hat der Iran offenbar bereits genug Uran gesammelt, um eine Atombombe damit herstellen zu können.

In ihren ersten Bericht über das iranische Atomprogramm seit der Amtsübernahme von US-Präsident Barack Obama stellt die Internationale Atomenergiebehörde IAEA in Wien fest, dass der Iran ein Drittel mehr an schwach angereichertem Uran hergestellt hat, als bislang angegeben. Inspektoren der IAEA hatten bei einer Überprüfung in der iranischen Atomanlage Natanz ermittelt, dass dort mehr als 209 Kilogramm an schwach angereichertem Uran vorhanden waren, die bisher nicht in den Berichten aufgetaucht sind.

Damit beläuft sich die Gesamtmenge an derartigem Uran im Iran nun auf mehr als eine Tonne. Dies sei ausreichend als Grundlage zur Herstellung einer Nuklearwaffe. "Es ist schlimmer als wir dachten", äusserte sich Gary Milhollin, der Direktor des Wisconsin-Projektes zur Kontrolle atomarer Waffen in der "New York Times". "Es ist alarmierend, dass die bisherigen Berichte über die Produktion um ein Drittel nach unten abweichen." "Ihr habt jetzt genug für eine Atombombe", wurde ein hoher Beamter der Vereinten Nationen in New York zitiert. Die amerikanische Regierung forderte Teheran auf, die Anreicherung zu stoppen.



Iran ist kein Rechtsstaat!

Die neuen Berichte decken sich mit Einschätzungen privater Experten vom vergangenen Jahr. Unabhängige Experten für Nuklearwaffen kritisierten gestern die Inspektoren der IAEA, weil sie das iranische Atomprogramm nur einmal im Jahr überprüften.

Die Inspektoren wiesen Vermutungen zurück, die Diskrepanz deute darauf hin, dass aus der Anlage in Natanz angereichertes Uran herausgeschmuggelt würde, um es in einer anderen iranischen Anlage weiterzuverarbeiten. Doch ein hoher Beamter der IAEA räumte ein, dass man eben nur einmal im Jahr überprüfe. "Nur in diesen Moment verfügen wir über unabhängige Daten", sagte er. Die IAEA verwies darauf, dass es einen weiteren Anreicherungsprozess erforderlich mache, um tatsächlich auch waffenfähiges Uran herzustellen - und darüber habe man keine Erkenntnisse.

Wie die "New York Times" schrieb, seien die politischen Auswirkungen des IAEA-Berichtes noch gar nicht abzuschätzen.

Teheran hat 209 Kilogramm schwach angereichertes Uran verschwiegen und verfügt jetzt bereits über eine Tonne.

Im November hatte die IAEA noch von 3800 solcher Zentrifugen gesprochen. Dem jüngsten Bericht nach arbeiten in Natanz nun 4000 Zentrifugen auf Hochtouren, weitere 1600 kämen in Kürze dazu. Insgesamt habe sich das Tempo beim Aufbau des umstrittenen iranischen Atomprogramms aber etwas verlangsamt, erklärte die IAEA.

Westen droht Iran im Atomstreit mit härterer Gangart

München (Reuters) - Westliche Staaten drohen dem Iran im Atomstreit mit einer schärferen Gangart.

"Wir sind auch bereit, härtere Sanktionen ins Auge zu fassen, wenn es keine Fortschritte gibt", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Münchner Sicherheitskonferenz zur Weigerung des Iran, auf die Anreicherung von Uran zu verzichten und seine Atomanlagen kontrollieren zu lassen. Der neue US-Vizepräsident Joe Biden zeigte sich

kompromissbereit: " Wenn der Iran sein illegales Nuklearprogramm und die Unterstützung für den Terrorismus aufgeben, werde es echte Anreize geben, sagte Biden. Ansonsten drohten Sanktionen und Isolation. Auch Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sagte, ohne Kooperation der islamischen Republik seien härtere Strafen unumgänglich. Merkel forderte, es müsse verhindert werden, dass der Iran in den Besitz einer Atombombe komme.



EU-Länder legen neue Sanktionsliste vor



34 Institutionen und zehn Personen verdächtigt, mit geheimen Programmen zur Herstellung atomarer und biologischer Waffen in Verbindung zu stehen

London - Deutschland, Frankreich und Grossbritannien haben einem Zeitungsbericht zufolge eine Liste mit weiteren Sanktionen gegen den Iran ausgearbeitet. Die "Financial Times" berichtete unter Berufung auf ein vertrauliches Papier der drei EU-Länder, 34 iranische Institutionen und zehn Personen würden verdächtigt, mit geheimen Programmen zur Herstellung atomarer und biologischer Waffen in Verbindung zu stehen. Die Genannten müssten mit Sanktionen rechnen.

Auf der Liste stehen dem Bericht zufolge auch zum ersten Mal genannte Einrichtungen wie die Sharif Universität für Technologie, die Iranische Versicherungsgesellschaft, Iran Air Cargo, die Weltraumbehörde und das Rasi Institut zur Produktion von Serum und Impfstoffen.

Die Diplomaten erklärten, die Liste solle die Regierung in Washington beeinflussen und zu einer härteren Gangart bewegen. Ein mit der Angelegenheit vertrauter EU-Diplomat sagte der Nachrichtenagentur Reuters, es sei nicht der Versuch, den laufenden Meinungsbildungsprozess in den USA zu beeinflussen. Vielmehr solle die Handlungsfähigkeit Obamas gestärkt werden.



Iran ist kein Rechtsstaat!

Mehdi Rezaei

Meinungsfreiheit in Gefahr - auch in der Schweiz!

Am 14.01.2009 ist vom Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Ausländergesetzes und Asylgesetzes eröffnet worden.

Der Punkt 2 von Paragraph „Wichtige Änderungen im Asylgesetz“ besagt:

„Missbräuchliche politische Tätigkeiten in der Schweiz, die nur zur Begründung der Flüchtlingseigenschaft dienen, sollen strafrechtlich sanktioniert werden. Die strafrechtliche Sanktion soll sich insbesondere auch gegen Personen richten, die Asylsuchenden bei diesem Missbrauch helfen, z.B. durch Planung oder Förderung einer solchen Tätigkeit.“

D.h. politische Aktivitäten der Flüchtlinge, die gegen das herrschende Regime in ihrem Heimatland fokussiert sind, werden sanktioniert und bestraft. Den Exilanten und den Flüchtlingen, die mit ihren Veröffentlichungen und ihren Demonstrationen im Ausland die Einheimischen auf die Unterdrückung und Situation ihrer Völker, auf die Diskriminierung, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Zustand der Gefangenen usw. aufmerksam zu machen versuchen, nicht mehr zugelassen wird, sich politisch zu engagieren.

Diese vorgeschlagene Änderung im Asylgesetz ist weder mit Verfassungs- und Völkerrecht noch mit der Europäischen Menschenrechtskonvention konform und verstößt gegen folgende Gesetze:

BV, Art 23 Abs 2:

Jede Person hat das Recht, Vereinigungen zu bilden, Vereinigungen beizutreten oder anzugehören und sich an den Tätigkeiten von Vereinigungen zu beteiligen.

BV, Art 16 Abs. 1:

Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist gewährleistet.

BV, Art 16 Abs. 2:

Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äußern und zu verbreiten.

Artikel 11, Abs 1 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Jede Person hat das Recht, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen; dazu gehört auch das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten.


In fast jeder Flüchtlingsorganisation und Opposition gibt es Opportunisten, die sich politisch engagieren, nur um ihr eigenes Ziel (Erhalten der Aufenthaltsbewilligung) zu erreichen, Sowohl für die Führer und Präsidenten als auch für die Mitglieder der Organisationen ist es schwierig, unterscheiden zu können, wer echter Flüchtling ist und wer nicht.

Das galt und gilt sowohl für das Exekutivkomitee der DVF (Demokratische Vereinigung für Flüchtlinge) wie auch für den Gründer und damaligen Präsidenten der DVF, Herrn Majid Moshayedy den echten Flüchtling von den Opportunisten zu unterscheiden.

Aber für Herrn Moshayedi, der etwa seit der iranischen Revolution im Exil lebt, während dieser Zeit nie in den Iran gereist ist, ein demokratisches System für sein Volk erkämpft und erstrebt, gab und gibt folgende Ziele an:

Das Volk erwecken und zum Aufstand gegen das fundamentalistische Regime motivieren Ein demokratisches System fürs iranische Volk erkämpfen. Dem iranischen Volk einen menschenwürdigen Dienst erweisen, sowohl im Ausland als auch im Iran.

Ob es immer noch einige Asylsuchende gibt, die die Gesetze missbrauchen, ist ein Thema, mit dem nicht nur das BFM sondern auch DVF konfrontiert ist. Um das Problem zu lösen, dürfen weder die Gesetze aufgehoben noch verletzt und geändert werden.

Die DVF hat bereits die Namen ihrer opportunistischen Mitglieder an das BFM ausgeliefert. Das ist ein Zeichen der Gerechtigkeit und Ehrlichkeit der DVF. 

Asyl ist ein Menschenrecht und kein Privileg!

Meinungsfreiheit in Gefahr - auch in der Schweiz!

Statt dass diese Organisationen und Aktivisten, die ein neues Kapitel in der Flüchtlings- Geschichte und Bewegung eingeführt haben, belohnt werden, droht man ihnen mit Sanktionen und Strafen.

Was ist denn zum Beispiel mit den iranischen Flüchtlingen, die ihre eigene Meinung weder im Iran äußern dürfen und - falls diese Änderungen angenommen würden -, noch in der Schweiz etwas sagen können?

Während Tag für Tag Studenten, Studentinnen und Menschenrechtsaktivisten im Iran ihrer Meinung wegen verhaftet, gefoltert und getötet werden, führen die einheimischen schweizerischen Zeitungen Interviews mit Iranern, die in den Iran reisen, die über einen iranischen Pass verfügen, die sowohl in der Schweiz zu ihrem Profit kommen können als auch im Iran. Für diese Verräter, die die so genannte „iranische Kultur“ an die Kinder weiterzuleiten versuchen und sich manchmal an „politischen Aktivitäten gegen das Regime beteiligen“, ist die Meinungsfreiheit nicht beschränkt. Aber wieso wird denn in der Schweiz kein Interview mit der größten iranischen Opposition (DVF) durchgeführt? Wieso wird der Gründer der DVF als „Flüchtlingsmacher“ präsentiert? Die Antwort, die ganz eindeutig ausfällt, ist:

Weil die DVF auf der Seite der Benachteiligten der Gesellschaft ist, weil die DVF ständig die Verbrechen des Regime im Iran aufdeckt, weil die DVF von Geschäften hinter verschlossenen Türen spricht oder vielleicht weil nur bestimmte Leute Anspruch auf Meinungsfreiheit haben und die vierte Macht (Medien) nur ihnen zur Verfügung stehen kann.

Das BFM ist in der Lage die Flüchtlinge, die durch ihre politischen Aktivitäten die vorläufige Aufenthaltsbewilligung (F) erhalten haben, vorzuladen und sie nach ihren politischen Aktivitäten seit ihrer Anerkennung als Flüchtlinge zu befragen. Eine vorläufige Aufnahme ist leider oder zum Glück ein Status, der nicht endgültig ist.

Den Flüchtlingen, die die Eigenschaften dieses Status nicht mehr erfüllen können, darf dieser Status entzogen werden.


Es muss auch gesagt werden, dass Aktivitäten der Flüchtlinge, die am Anfang einer bestimmten Organisation angehörten und später aus dieser Organisation ausgetreten sind und sich entweder einer anderen Gruppe angeschlossen haben oder individuell politisch engagiert waren, berücksichtigt werden müssen.

Die Aktivisten und Inhaber dieses Status' (F) die dem BFM Beweismittel vorzulegen haben, müssen nach wie vor als Flüchtling akzeptiert werden. Aber dem Flüchtling, der nichts vorzulegen hat und sich nur zur Begründung der Flüchtlingseigenschaften engagiert hatte, darf der Status entzogen werden.

Die Oppositionen sind auch verpflichtet bei dem Vorlegen der Mitgliedschaftsbestätigung strenger zu werden und die wichtigen Informationen, die ihre Mitglieder anbelangt, weiterhin zur Verhinderung missbräuchlicher politischer Tätigkeiten an die Schweizer Behörden weiterzuleiten und eine gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden im Asylbereich durchzuführen.

Die DVF ist der Meinung; dass, statt die Meinungsfreiheit im Herzen Europas für die Flüchtlinge zu verbieten, dass, statt gegen Bundesverfassung, Völkerrecht und Europäische Menschenrechtskonventionsartikel zu verstossen, das BFM gegen Opportunisten hart vorgehen muss, die am helllichten Tag gegen Gesetze verstossen haben. Wir dürfen auch nicht alle in die gleiche Schublade stecken.

DVF fordert alle Menschenrechtsinstitutionen und Flüchtlingsorganisationen auf, sich gegen die Änderungen des Asylgesetzes einzusetzen.

Solche Gesetze dienen nur den Diktaturregimen und führen dazu, dass die Stimme des Flüchtlings im Keim erstickt wird und die Meinungsfreiheit, die man als eine der wichtigsten Errungenschaften der Menschheit betrachtet, in Frage gestellt wird. 

Asyl ist ein Menschenrecht und kein Privileg!